



Presseschau vom 28.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dmitri Trenin: Wie Russland sich neu erfinden muss, um dem hybriden Krieg des Westens zu begegnen

Die seit 2014 andauernde Pattsituation zwischen Russland und dem Westen eskalierte mit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine zu einer aktiven Konfrontation. Russlands Existenz ist bedroht. Das Land muss ernsthafte Maßnahmen ergreifen, um sein Überleben zu sichern. ...

<https://kurz.rt.com/2zhx> bzw. [hier](#)

Alexander Karpov, Aloena Medvedeva: "Suizidale Neigungen": Sacharowa nennt Europas möglichen Verzicht auf russisches Erdöl Selbstmord

Ursula von der Leyen glaubt an einen "Balanceakt", bei dem sich die wirtschaftlichen Schäden der Sanktionen für die EU in Grenzen halten ließen. Aber Lieferstrukturen werden sich langfristig umorientieren, so Experten. Und die Preise steigen weiter. ...

<https://kurz.rt.com/2zom> bzw. [hier](#)

Anastassía Popówa: Europa – wie die ewig Satten auf eine selbst gemachte Hungerkrise zusteuern

Die russophobe Sanktionspolitik der EU hat die Gemeinschaft von Importquellen für gleich drei Ressourcen abgeschnitten: Getreide, Dünger und das Erdgas zu deren Gewinnung. Wenn noch eine Dürre hereinbricht, bleiben die erwarteten Flüchtlingsmassen ebenso hungrig wie ihre europäischen Gastgeber. ...

<https://kurz.rt.com/2zgn> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:40 de.rt.com: Ukrainisch-Orthodoxe Kirche (MP) erklärt Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchat

Die Orthodoxe Kirche der Ukraine, die bislang dem Moskauer Patriarchat unterstand, hat ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit erklärt. Anlass dazu war ihr Nichteinverständnis mit der Position des Moskauer Patriarchen Kirill zu den Vorgängen in der Ukraine.

Ein erweiterter (und damit nicht kanonisierter) vertretender Sobor (Versammlung) der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche, die bisher Teil des Moskauer Patriarchats war, hat die Kirche dem Moskauer Patriarchat gegenüber für unabhängig und selbstständig erklärt. Entsprechende Änderungen seien in der Kirchensatzung bereits vorgenommen worden, [meldet](#) die Kirche auf ihrer Webseite.

Grund des Beschlusses sei ihr Nichteinverständnis mit der Position gewesen, die der Patriarch Moskaus und der ganzen Rus, Kirill, vertrete. Kirill habe das russische Militär für die Intervention in der Ukraine und damit zugleich den Krieg selbst gesegnet.

Indes hatte der Patriarch bereits Mitte März alle Kinder der Russisch-Orthodoxen Kirche zum täglichen Gebet an die Mutter Gottes [aufgefordert](#) – welchem ein zuvor festgelegtes Gebet für die Wiedereinkunft des Friedens zwingend anzuhängen sei.

Einige Kirchenrechtsexperten befinden jedoch, dass der Änderung der Kirchensatzung und der Unabhängigkeits- und Selbstständigkeitserklärung noch ein Zwischenschritt hätte vorangehen müssen, [erläutert](#) das Online-Nachrichtenportal für Russisch-Fernost

vesma.today: Die endgültige Entscheidung hierüber habe die Bischofskonferenz, der Archijerejskij Sobor, zu fällen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62911cca48fbef158f0beb42.png>
Ukrainisch-Orthodoxe Kirche (MP) erklärt Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchat (erweiterter repräsentativer Sobor der UOK (MP) am 27. Mai 2022).

20:32 de.rt.com: **Irans Revolutionsgarde setzt zwei griechische Öltanker fest**

Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und den antirussischen Sanktionen des Westens verschärfen sich zahlreiche internationale Konflikte. Nun sind die Beziehungen zwischen Iran und Griechenland auf einem neuen Tiefpunkt angelangt. Am Freitag wurden zwei griechische Öltanker in iranischen Hoheitsgewässern festgesetzt – eine Vergeltungsaktion?

Die Iranische Revolutionsgarde (IRGC) hat im Persischen Golf zwei griechische Öltanker festgesetzt. Die Schiffe hätten maritime Vorschriften missachtet, hieß es auf dem IRGC-Webportal am Freitagabend. Griechenland protestierte auf das Schärfste und sprach von einem Akt der Piraterie.

Beobachter vermuten hinter der Aktion einen Vergeltungsakt. Jüngst war in griechischen Gewässern ein russischer Tanker mit iranischem Öl [festgesetzt](#) worden. Aus Protest dagegen wurden am Freitag bereits Geschäftsträger der griechischen und Schweizer Botschaft ins Außenministerium einbestellt. Die Schweiz vertritt in Teheran auch die Interessen der USA. Das griechische Außenministerium bestellte am Freitag nun den iranischen Botschafter ein. Es sei Protest eingelegt worden, teilte ein Sprecher mit und betonte: "Diese Aktionen sind praktisch Piraterie."

Griechenland forderte die sofortige Freilassung der Besatzungen. Den Schiffen solle die Weiterfahrt erlaubt werden. Diese Aktionen hätten "sehr negative Auswirkungen" auf die griechisch-iranischen Beziehungen, so das Außenministerium.

Nach Angaben aus Athen hatte die Besatzung eines Hubschraubers der iranischen Kriegsmarine am Freitag das griechische Schiff "Delta Poseidon" in internationalen Gewässern rund 22 Seemeilen vor der Küste Irans betreten. Auch ein zweites griechisches Schiff sei gestoppt worden, und die Besatzung sei festgenommen worden, teilte das griechische Außenministerium mit.

Athen habe alle zuständigen internationalen Organisationen über die Zwischenfälle informiert und alle griechischen Bürger aufgerufen, Reisen nach Iran zu vermeiden, hieß es weiter. Auch seien alle griechischen Schiffe, die sich in der Region des Persischen Golfes bewegten, benachrichtigt worden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6291143a48fbef166c452bf3.jpg>

21:15 de.rt.com: **DVR: Ausländischen Söldnern droht die Todesstrafe**

Wie RIA Nowosti [berichtet](#), hat die Donezker Volksrepublik (DVR) die Ermittlungen im Strafverfahren gegen zwei britische und einen marokkanischen Söldner abgeschlossen. Ihnen drohe die Todesstrafe, teilte die Generalstaatsanwaltschaft der Volksrepublik gegenüber RIA Nowosti mit.

Sie erklärte, sie habe die Beteiligung der Briten Shaun Pinner und Andrew Hill sowie des Marokkaners Ibrahim Saadoun an den Militäraktionen gegen den Donbass festgestellt.

21:28 de.rt.com: **NATO-Beitritt von Finnland und Schweden: Stoltenberg nennt Bedenken der Türkei**

Laut NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ist es unwahrscheinlich, dass Finnland und Schweden der Militäralliance beitreten können, wenn sie nicht auf die Bedenken der Türkei reagieren. Beim bevorstehenden NATO-Gipfel könnten sie zunächst als Gäste anwesend sein. Es ist unwahrscheinlich, dass Finnland und Schweden auf dem bevorstehenden NATO-Gipfel vom 28. bis 30. Juni NATO-Beitrittskandidaten werden, es sei denn, sie erfüllen die Forderungen der Türkei. Dies teilte der Generalsekretär der NATO Jens Stoltenberg am Donnerstag auf einer Pressekonferenz mit spanischen Medien mit. Der NATO-Chef erkannte die Haltung Ankaras gegen die Aufnahme Schwedens und Finnlands in die Allianz an und forderte, die Bedenken der Türkei bezüglich der angeblichen Unterstützung von Terrorgruppen zu diskutieren und zu lösen. "Kein Land hat so sehr unter Terroranschlägen gelitten wie die Türkei", sagte Stoltenberg und fügte hinzu:

"Die Türkei ist ein wichtiger Verbündeter, und wenn ein Verbündeter Bedenken hat, sollten diese diskutiert und das Problem gelöst werden."

Die beiden nordischen Staaten hatten am 15. Mai beschlossen, mit ihrer bisherigen Neutralität zu brechen, und gaben Russlands Militäroperation in der Ukraine als Grund für ihren NATO-Beitritt an. Ihre Beitrittsgesuche wurden von Washington und den europäischen NATO-Verbündeten begrüßt, doch die Türkei und Kroatien drohten, die Anträge zu blockieren, wenn ihre nationalen Sicherheitsbedenken nicht ausgeräumt werden.

In der vergangenen Woche beantragten Finnland und Schweden den Beitritt zur NATO. Die Regierung in Ankara macht jedoch Sicherheitsbedenken wegen der angeblichen Unterstützung beider Länder für die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK und die Kurdenmiliz YPG in Syrien geltend. Am Mittwoch waren Delegationen aus Schweden und Finnland zu Gesprächen in Ankara.

Die Türkei fordert, dass die beiden Staaten diese Gruppen ebenfalls als Terroristen einstufen und Personen ausliefern, die mit diesen Organisationen in Verbindung stehen. Zudem bemängelten Vertreter der Türkei, dass wegen des Kampfes gegen YPG und PKK mehrere Länder die Lieferung von Rüstungsgütern an die Türkei einschränkten. Beobachter sehen

auch das Kalkül Ankaras, beispielsweise die Lieferung von F-35-Kampffjets neu verhandeln zu können.

Der NATO-Generalsekretär erinnerte daran, dass der Status der Republik Nordmazedonien als Beitrittskandidat mehr als zehn Jahre lang durch ein Veto Griechenlands verzögert worden war, das sich auf ähnliche Bedenken wie die Türkei berufen hatte, und dass das Problem schließlich gelöst werden konnte. "Schweden und Finnland können als Gastländer am NATO-Gipfel in Madrid teilnehmen, aber wenn sie nicht bis zum 28. Juni auf die Forderungen der Türkei eingehen, wird es schwierig sein, ihren Wunsch, Beitrittskandidat zu werden, zu erfüllen", sagte Stoltenberg und betonte, er wolle, dass dies "ein schneller Prozess" sei, und dass noch genügend Zeit dafür bleibe.

Am Dienstag hatte sich Stoltenberg zuversichtlich gezeigt, dass Bedenken der Türkei gegen die Aufnahme Finnlands und Schwedens in die Militärallianz ausgeräumt werden. Die Türkei sei auch angesichts der Lage an den Grenzen zum Irak und zu Syrien für die gesamte NATO von strategischer Bedeutung. Daher müsse man sich zusammensetzen und einen Weg finden. "Und ich bin zuversichtlich, dass wir das tun werden." In der Zwischenzeit müsse auch auf Bedenken eingegangen werden, die Finnland und Schweden hinsichtlich der Übergangszeit bis zur Aufnahme geäußert hätten. Stockholm und Helsinki trügen zur kollektiven Verteidigung des Bündnisses bei, was insbesondere für den Ostseeraum wichtig sei, meinte der NATO-Chef beim Weltwirtschaftsforum in Davos.

Moskau bezeichnete die Beitrittsgesuche Schwedens und Finnlands als "schwerwiegenden Fehler mit langfristigen Auswirkungen", erklärte jedoch, dass deren NATO-Bestrebungen immer noch weniger besorgniserregend seien als die der Ukraine, deren potenzielle Gebietsansprüche im Falle einer Aufnahme in den Block "enorme Risiken für den gesamten Kontinent" mit sich bringen könnten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62912659b480cc662f55da50.jpg>

21:40 de.rt.com: **Hafen von Mariupol: Bis Juli soll eines der Getreideterminals wiederaufgebaut werden**

Die russische Nachrichtenagentur TASS [meldet](#), dass im Hafen von Mariupol bis Juli eines der drei dortigen Getreideterminals wiederhergestellt werden soll. Dies teilte ein Vertreter der Hafenverwaltung am Freitag Reportern gegenüber mit.

"Leider sind alle drei Getreideterminals zerstört, aber wir planen, sie wiederherzustellen und eines der Getreideterminals mit einer Kapazität von 30 000 Tonnen bis zur ersten Ernte im Juli wieder in Betrieb zu nehmen",

sagte der Hafenvertreter. Er erklärte zugleich, dass es Pläne für den Wiederaufbau eines Getreideterminals gebe, das über einen Lastenaufzug mit einer Kapazität von 130.000 Tonnen Getreide verfügt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6291051948fbef153074324b.jpg>

22:00 de.rt.com: **Zwei Tote durch Raketenangriff mit Totschka-U in der Siedlung Swatowo (LVR)**

TASS [berichtet](#), dass bei einem "Totschka-U"-Raketenangriff auf die Stadt Swatowo durch die ukrainischen Streitkräfte zwei Menschen getötet und acht weitere verletzt worden seien. Dies teilte die Generalstaatsanwaltschaft der Lugansker Volksrepublik (LVR) am Freitag mit. "Die ukrainischen Streitkräfte griffen die städtische Siedlung Swatowo mit dem taktischen Raketensystem 'Totschka-U' an. Durch die herabfallenden Raketen splitter wurden zwei Menschen getötet und acht weitere leicht bis schwer verletzt", teilte die Behörde auf ihrem Telegram-Kanal mit.

Auf Anweisung des Generalstaatsanwalts der LVR hätten sich Staatsanwälte an den Ort begeben, um den Beschuss zu dokumentieren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62910eda48fbef14734dd631.jpg>

22:20 de.rt.com: **Ideologe des "Asow"-Regiments erklärt: Gefangen genommene "Asow"-Angehörige werden nicht misshandelt**

Es gebe keine Grausamkeiten und keine Äußerungen, die die Würde der gefangengenommenen "Asow"-Kämpfer herabsetzen. Dies [bestätigte](#) Wladislaw Dudtschak, der Ideologe der "Asow"-Kämpfer, gegenüber dem Portal Donbass reschajet.

Gerade dieser "Doktor der Philosophie" hatte die Ideen der Nazi-Ideologie und des Faschismus in die Köpfe seiner Untergebenen gepflanzt. Dudtschak beantwortete dem Portal die Fragen zunächst auf Ukrainisch und wechselte dann ins Russische.

"Die Haftbedingungen sind zufriedenstellend und sogar gut, wenn man es mit dem Essen in 'Asow-Stahl' vergleicht. Die Haftbedingungen sind nicht schlecht. Es gibt absolut keine Misshandlungen, keine Handgreiflichkeiten",

erklärte Dudtschak.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/SjsiDT8WHlckmI-bbRGqZD2CO-DcceiqL3vXPKVuAty97uZO2JSG-5UC1-nyb0459d24G_PMxq_WdkRuM_mCYvFgHGQNxN08thM1TiCVpFIYo0v4iGbNFF9PQxD48ZHb-W_bbdHfbB9bjhK9Gxfsd_3H98hWEKXSAmqusppAN_c6qlQjXXFrG62EgyVxh5eEAB0icg5rSnPpOOQjiCJB9a4bdT7U2gWMyDlNtuBKao5JTknCuPkwfERwUaXEW5UUEzJ6AI8DpuXaB_qxg9T537Miydyd62S6qrGWBArglk9RtRnGjOtnPWNxcvNZOwhH6fsGRkmwPHiCkO7jILkSQTa

22:39 de.rt.com: **Die Sanktionen des Westens kommen Russland zugute – russische Öleinnahmen steigen an**

Trotz zahlreicher Sanktionen im Energiesektor sei es Russland gelungen, von ihnen zu profitieren, wie ein Experte des amerikanischen Onlineportals "Oil Price" bitter feststellte. Die Öleinnahmen des Landes seien im April stark gestiegen.

Eine der größten Online-Nachrichtenquellen im Energiebereich, die US-amerikanische Website Oil Price, veröffentlichte am 25. Mai einen [Expertenbeitrag](#) von Robert Rapier, in dem der Öl- und Gasexperte enttäuscht feststellte: Die Energiesanktionen haben Russland nicht geschadet.

"Obwohl die USA den Kauf von russischem Öl gestoppt haben, bleibt die Herausforderung bestehen, dass Russland einer der größten Ölproduzenten und -exporteure der Welt ist", betonte Robert Rapier. "Es gibt keine Möglichkeit, russisches Öl vollständig vom Markt zu nehmen, ohne die Ölpreise in die Höhe zu treiben – womöglich auf 200 Dollar pro Barrel." Er wies darauf hin, dass der russische Bundeshaushalt nur vier Monate nach Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine bereits 50 Prozent der für das Jahr 2022 geplanten Öl- und Gaseinnahmen erhalten habe, die sich auf 9,5 Billionen Rubel (fast 140 Milliarden Euro) belaufen.

Der Experte betonte:

"Während man versucht, Russland zu bestrafen, indem man sein Öl vom Markt fernhält, profitiert das Land unter dem Strich von höheren Öleinnahmen."

Rapier bezieht sich auf Janis Kluge, einen Wissenschaftler am Deutschen Institut für Internationale Beziehungen und Sicherheit, der glaubt, dass Russlands Öl- und Gaseinnahmen im April einen neuen Rekordwert erreicht hätten. Er spricht von 1,8 Billionen Rubel (nahezu 28 Milliarden Euro), die Russland allein im April durch Öl- und Gasverkäufe verdient hat – im Vergleich zu 1,2 Billionen (rund 18 Milliarden Euro) im März.

Am 26. Mai meldete [Bloomberg](#), dass mehr russisches Öl als je zuvor an China und Indien geliefert wurde: Die Agentur berief sich auf das Daten- und Analyseunternehmen Kpler, das meldete, dass Asien im vergangenen Monat erstmals Europa als größten Abnehmer des

russischen Öls überholt hätte. Dieser Abstand dürfte sich im Mai laut Bloomberg noch vergrößern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6290cbf648fbef0dff7506f6.jpg>

22:50 de.rt.com: **Ukraine fordert Deutschland auf, "Nord Stream 1" abzuschalten**

Der Generaldirektor des ukrainischen Gastransportnetzbetreibers, Sergei Makogon, hat erklärt, er habe die deutsche Regierung gebeten, "Nord Stream 1" abzuschalten, und vorgeschlagen, stattdessen Gas über das ukrainische Gastransportsystem zu beziehen. "Wir haben zusammen mit Naftogaz einen Appell an das deutsche Wirtschaftsministerium und die deutsche Regulierungsbehörde bezüglich der Aussetzung von 'Nord Stream 1' geschickt, der Pipeline, die derzeit in Betrieb ist ... Wir stellen fest, dass die Gründe, die zur Erteilung der Ausnahmegenehmigung für Nord Stream 1 geführt haben, nicht mehr gültig sind. Und wir fordern die deutsche Regierung auf, diese Ausnahmen zu überdenken und die Gaslieferungen nach Europa durch 'Nord Stream 1' tatsächlich auszusetzen oder erheblich einzuschränken",

sagte Makogon am Freitag im Fernsehsender Ukraina 24.

Er fügte hinzu, dass es jetzt genügend freie Kapazitäten für den Gastransport aus Russland gebe, einschließlich des ukrainischen Systems, das bereit sei, russisches Gas anstelle von "Nord Stream 1" zu den europäischen Verbrauchern zu transportieren. Mit Blick auf das Kriegsgeschehen in seinem Land geht Makogon davon aus, dass die Lieferung von russischem Gas über das ukrainische Gastransportsystem das System vor seiner angeblich drohenden "Zerstörung" bewahren könne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62911b9cb480cc64e94cb7d2.jpg>

3:00 (2:00) novorosinform.org: **Die Ukraine steht vor der vollständigen Vernichtung – Janukowitsch**

Der frühere Präsident der Ukraine, Viktor Janukowitsch, sagte voraus, dass Kiew seine

Staatlichkeit verlieren und mit Polen fusionieren werde.

Der Ukraine drohe der Verlust ihrer derzeitigen Gebiete und von der westlichen Seite eine vollständige Fusion mit Polen, schrieb Janukowitsch in sozialen Netzwerken.

„So schmerzhaft es für mich ist, heute darüber zu schreiben, aber die Staatlichkeit der Ukraine ist in höchster Gefahr. Ihr droht die vollständige Zerstörung“, erklärte der vierte Präsident des Landes.

Er sagte auch, dass der Grund für die vollständige Fusion Polens mit der Ukraine das wirtschaftliche Scheitern der letzteren sein könnte. Ohne eine starke Unterstützung werde Kiew laut Janukowitsch seine Unabhängigkeit nicht verteidigen können und fallen.



https://novorosinform.org/content/images/53/56/45356_720x405.jpg

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Iran und Russland vereinbaren Austausch von Waren und Rohstoffen**

Iran und Russland könnten einen Tauschhandel vereinbaren, der es Teheran ermöglicht, russische Rohstoffe im Austausch gegen in Iran hergestellte Waren zu importieren. Das berichtete Press TV am Freitag unter Berufung auf den iranischen Handelsminister Reza Fatemi Amin.

Nach Angaben des iranischen Handelsministers Reza Fatemi Amin, der am Rande eines Treffens der russisch-iranischen Kommission für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Presse sprach, haben die beiden Länder einen Tauschhandel für bestimmte Waren und Rohstoffe vereinbart. Der Minister erklärte, Iran werde für seine metallverarbeitende und die Bergbauindustrie beispielsweise Stahl, Zink, Blei und Aluminium aus Russland importieren. Im Gegenzug solle Russland Autoteile und Gasturbinen aus iranischer Herstellung erhalten. Eine Reihe iranischer Unternehmen habe dem Handelsminister zufolge bereits Verträge über die Lieferung und Wartung von Gasturbinen für russische Kraftwerke unterzeichnet. Während eines Besuchs in Iran in dieser Woche forderte der stellvertretende russische Ministerpräsident Alexander Nowak Teheran auf, im Handel stärker mit Moskau zusammenzuarbeiten. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Shana übergab er iranischen Vertretern eine Liste von Produkten, die Russland derzeit vor allem für die Automobil-, Schiffbau- und Pharmaindustrie benötigt.

Seit Ende Februar, als Russland seine Militäroperation in der Ukraine begann und mit westlichen Sanktionen belegt wurde, haben mehrere Länder die Einfuhr von Stahl aus russischer Produktion verboten.

Mitte März wurde die Einfuhr von in Russland hergestelltem oder aus dem Land reexportiertem Metall in die EU verboten. Einen Monat später schloss sich auch das Vereinigte Königreich diesem Embargo an. Nach Angaben des Vorsitzenden des russischen Stahlverbands und Haupteigentümers von Sewerstal, Alexei Mordaschow, musste Russland

bis Anfang April aufgrund der Beschränkungen rund vier Millionen Tonnen Stahl umleiten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6290c754b480cc6596153d15.jpg>

6:45 de.rt.com: **Nach Importstopp aus Russland: Polen geht die Heizkohle aus**

Im Nachbarland Polen wird die Heizkohle knapp, weil die Führung des Landes die Importe des Brennstoffs aus Russland eingestellt hat. Nun kommt es zu Verkaufsbeschränkungen und überhöhten Preisen bei Weiterverkäufern.

Polnische Unternehmen haben den Verkauf von Kohle im Land beschränkt, nachdem sie die Importe aus Russland blockiert hatten. Das teilte der stellvertretende polnische Minister für Staatsvermögen Piotr Pyzik am Freitag in einer Rede im Parlament mit.

Er erklärte, dass die Nachfrage nach dem Rohstoff im Land die heimische Produktion bei Weitem übersteige, und fügte hinzu:

"Die Unternehmen [...] haben beschlossen, Verkaufsbeschränkungen einzuführen, um möglichst viele Kunden mit Brennstoff für die nächste Heizperiode zu versorgen."

Er räumte ein, dass die Lage im Land schwierig sei und dass die Verbraucher Schwierigkeiten beim Kohlekauf hätten.

Das Import-Verbot für russische Kohle hat außerdem zu Preisspekulationen geführt. Polnische Medien berichteten von langen Schlangen vor den Kohlelagern aufgrund der starken Nachfrage, obwohl die Heizsaison bereits beendet ist.

Laut dem Portal Onet haben sich bereits mehr als 100 Fahrzeuge vor dem Kohlelager in Gorzyce Wielkie angestellt.

Angeichts der Verknappung sind viele Haushalte gezwungen, Kohle von Wiederverkäufern zu einem Preis von 2.500 bis 3.000 Zloty pro Tonne (550 bis 660 Euro) zu kaufen, der weit über dem offiziellen Preis von rund 1.000 Zloty (220 Euro) liegt.

Polen importierte jahrelang Kohle aus Russland, was etwa 20 Prozent des Inlandsverbrauchs des Landes deckte. Im Jahr 2020 wurden etwa 9,4 Millionen Tonnen importiert und hauptsächlich zum Heizen in Privathaushalten verwendet. Zudem importierte das Land etwa 50 Prozent seines Erdgases und über 60 Prozent des von ihm raffinierten Erdöls aus Russland. Seit dem aktuellen Aufheizen des militärischen Konflikts in der Ukraine fordert Warschau jedoch ein vollständiges Verbot russischer Energieressourcen. Im März erklärte Warschau, dass es alle entsprechenden Importe aus Russland, einschließlich Öl, Gas und Kohle, bis Ende 2022 einstellen werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6291128cb480cc65a641171e.jpg>

7:30 de.rt.com: **Gebiet Cherson schließt seine Grenzen zu von Kiew kontrollierten Gebieten**

Die militärisch-zivile Verwaltung des von der russischen Armee kontrollierten ukrainischen Gebiets Cherson hat beschlossen, die Grenzen der Region zu den von Kiew kontrollierten Gebieten dichtzumachen. Der Vizechef der Verwaltung, Kirill Stremoussow, begründete den Schritt mit Sicherheitsvorkehrungen. Der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti teilte er mit:

"Jetzt ist die Grenze sicherheitshalber geschlossen. Es ist sehr gefährlich, die Grenze zu den Gebieten Nikolajew und Dnjepropetrowsk zu überqueren, wenn man die regelmäßigen Angriffe der ukrainischen Kämpfer berücksichtigt."

Stremoussow erklärte ferner, bei dem jüngsten Beschuss seien in der Pufferzone mehrere Zivilisten ums Leben gekommen. Die ukrainische Seite greife außerdem Männer auf, um sie dann gewaltsam zur Armee einzuziehen. Die Grenze zur Krim und zum von der russischen Armee kontrollierten Teil des ukrainischen Gebiets Saporoschje bleibe offen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6291b31448fbef158f0beb64.jpg>

8:02 de.rt.com: Medienbericht: **USA genehmigen Lieferung von Raketenwerfern an Ukraine**

Die Zeitung New York Times [berichtet](#) unter Berufung auf informierte Quellen, dass die Administration des US-Präsidenten Joe Biden die Lieferung von Raketenwerfern an die Ukraine genehmigt habe. Das Weiße Haus werde diese Entscheidung in der nächsten Woche offiziell bekannt geben. Demnach werde die ukrainische Armee Mehrfachraketenwerfer des Typs M31 GMLRS bekommen, deren Reichweite sich je nach Geschoss auf 70 bis 500 Kilometer belaufen könne.

Der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, warnt Washington vor diesem

Schritt. Er hoffe, dass der gesunde Menschenverstand in dieser Frage siegen werde.

"Es besteht ein Risiko, dass man solche Waffen in der Nähe der russischen Grenze stationieren wird und die Ukrainer die Möglichkeit bekommen werden, russische Städte anzugreifen. Eine solche Situation ist für uns inakzeptabel und unzulässig. Ich bin mir sicher, dass unsere Streitkräfte in diesem Fall alle erforderlichen Schritte unternehmen werden, um die Möglichkeiten der ukrainischen Streitkräfte auf null zu senken."

Derzeit gehe Moskau von der offiziellen Erklärung des Pentagon-Sprechers John Kirby aus, wonach die Entscheidung über die Lieferungen von Raketenwerfern an die Ukraine noch nicht gefallen sei, so Antonow.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6291bad8b480cc39e015266b.jpg>

8:10 de.rt.com: Lawrow: **Westliche Staatenlenker haben "Unfehlbarkeitskomplex und eine gewisse Paranoia"**

Nach Ansicht des russischen Außenministers Sergei Lawrow wird die neokolonialistische Politik westlicher Politiker von Größenwahn und Anspruchsdenken angetrieben. Auch eine gewisse Paranoia leitet sie, sagte Russlands Spitzendiplomat gegenüber RT.

Westliche Oberhäupter halten sich selbst für außergewöhnlich und werden von Größenwahn und irrationalen Ängsten getrieben, sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem Interview mit RT Arabic.

Lawrow betonte:

"Wir wissen, dass unsere westlichen Freunde viele Phobien, viele Komplexe haben. Sie haben einen Überlegenheitskomplex, den Unfehlbarkeitskomplex, und ich glaube, sie haben auch eine gewisse Paranoia."

"Jeder Prozess, der den Westen nicht einbezieht, den der Westen nicht kontrolliert, wird von ihnen als Opposition, als Herausforderung ihrer Vorherrschaft wahrgenommen", erklärte er und bezog sich dabei auf verschiedene regionale integrationswirtschaftliche Gruppen und Organisationen, an denen Russland beteiligt ist. "Es ist höchste Zeit, dass sie sich diese Gewohnheit abgewöhnen."

Mit diesen Äußerungen verteidigte Lawrow Moskaus Widerstand gegen die USA und ihre Verbündeten, denen Russland vorwirft, anderen Nationen mit unlauteren Methoden ihren Willen aufzuzwingen. Das Bestreben, Russland mit Wirtschaftssanktionen und diplomatischer Isolation für den Angriff auf die Ukraine zu bestrafen, in den Washington die ganze Welt einbeziehen will, sei das jüngste Beispiel, so Russlands Spitzendiplomat.

"Die Anmaßung des angelsächsischen Bündnisses kennt keine Grenzen, und wir finden jeden Tag eine Bestätigung dafür", sagte er. "Der Westen schickt jeden Tag seine Abgesandten und Emissäre in ausnahmslos jede Hauptstadt, um Ultimaten zu stellen und zu erpressen."

Russland sei erfreut darüber, dass die meisten Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika dem Druck widerstehen, sagte Lawrow. "Diese Länder wollen ihre nationale Würde nicht aufs Spiel setzen und als Diener im Auftrag [des Westens] herumlaufen", sagte er.

Diese Haltung ist nicht neu und stellt die moderne Version des europäischen Kolonialismus dar, so Lawrow. Glücklicherweise begünstige die Geschichte eine multilaterale Zukunft für die Welt, sodass die westlichen Nationen, die versuchen, ihren dominanten Status zu bewahren, gegen den natürlichen Fortschritt der Menschheit handeln.

Das Anspruchsdenken des Westens, mit der Welt zu machen, was er will, habe oft katastrophale Folgen, so Lawrow. Dies war der Fall bei Jugoslawien in den 1990er-Jahren, das zerstört wurde, als die USA beschlossen, dass ihre Interessen dies erforderten, beim Irak 2003, als die USA unter falschen Vorwänden in das Land einmarschierten, und bei Libyen im Jahr 2011, erinnerte der russische Außenpolitiker.

"Sicher, sowohl im Irak als auch in Libyen gab es autoritäre Regime, aber es gab dort keine Terroristen. Es gab keine ständigen Kämpfe und militärischen Provokationen", betonte er.

Lawrow fügte hinzu:

"Das ist die Mentalität der westlichen Staaten. Sie glauben, dass ihre Sicherheit von der ganzen Welt abhängt und dass sie daher die Welt beherrschen sollten."

Die derzeitige Krise in der Ukraine habe dieselbe Ursache, nämlich die Missachtung der nationalen Sicherheit Russlands durch den Westen, erklärte Lawrow weiter. Der Westen habe jahrzehntelang Moskaus Einwände gegen die NATO-Erweiterung in Europa einfach ignoriert und Moskau zur militärischen Option gedrängt, um die Bedrohung einzudämmen, so der Außenminister.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6290e2f3b480cc662f55da07.jpg>

9:05 de.rt.com: **Europol zu Waffenlieferungen an Ukraine: Situation wie im Balkankrieg verhindern**

Europol ist besorgt, dass aus der Europäischen Union (EU) in die Ukraine gelieferte Waffen langfristig in die falschen Hände geraten könnten. Im Interview für Die Welt am Sonntag sagte Catherine De Bolle, die Direktorin der Europäischen Polizeibehörde:

"Irgendwann ist der Krieg vorbei. Wir wollen eine Situation verhindern wie vor 30 Jahren im Balkankrieg. Die Waffen aus diesem Krieg werden noch heute von kriminellen Gruppen genutzt."

Europol plane daher, eine internationale Arbeitsgruppe zusammenzustellen, um angesichts des Ukraine-Kriegs Strategien für einen Umgang mit der Situation zu entwickeln. Europol beobachte zudem verdeckte Aus- und Einreiseaktivitäten bekannter terroristischer und gewaltbereiter, extremistischer Personen zwischen der Ukraine und der EU, sagte De Bolle weiter. Derzeit registriere Europol zudem eine Zunahme von Cyberangriffen im

Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6291c07eb480cc39f1633de0.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 28.05.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

19 Mann;

6 Schützenpanzerwagen;

3 Fahrzeuge.

3 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte trafen die richtige Entscheidung, legten die Waffen nieder und retteten so ihr Leben.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt weiter zivile Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keinerlei Gefahr für den Gegner darstellt und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 32 Geschosse mit 120mm-Mörsern auf Kremennaja abgefeuert.

Außerdem haben die ukrainischen Streitkräfte **3 Raketen mit einem taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“ auf Swatowo abgefeuert.**

Durch koordinierte Handlungen von Luftabwehreinheiten der Volksmiliz der LVR wurden die **Raketen abgeschossen, aber infolge der Detonation eines Kassettengeschosses starben 3 Zivilisten, 15 weitere wurden unterschiedlich schwer verletzt**, außerdem wurden das Gebäude der Stadtverwaltung, ein Geschäft und in der Nähe liegende Häuser beschädigt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz strebt danach, das Leben der ukrainischen Soldaten zu schützen und ruft dazu auf, die Waffen niederzulegen, so setzen die Artillerieeinheiten der Volksmiliz die Maßnahmen fort, **Agitationsflugblätter auf die Positionen der ukrainischen Streitkräfte abzuschießen.**

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien, außerdem evakuiert sich Zivilisten aus der Kampfzone.

9:09 de.rt.com: **Studie: Russland kann auch ohne US-Lizenz Zahlungsausfall abwenden**
Die Entscheidung der USA, die Lizenz zur Bedienung russischer Staatsanleihen in US-Dollar nicht zu erneuern, erhöhte das Ausfallrisiko dieser Wertpapiere. Die für deren Emission

geltenden Bedingungen ermöglichen Russland jedoch, ein solches Szenario zu vermeiden. Nachdem die US-Behörden in dieser Woche eine abgelaufene Lizenz, die es dem russischen Finanzministerium bislang erlaubte, US-Dollar-Verpflichtungen gegenüber ausländischen Anlegern zu bedienen, nicht verlängert hatten, begannen westliche Marktteilnehmer mit dem Countdown für einen möglichen Zahlungsausfall Russlands bei der Bedienung seiner Auslandsschulden. Das russische Finanzministerium kündigte daraufhin an, dass es gezwungen sein wird, seine Verpflichtungen in Rubel zu bedienen.

Internationale Rating-Agenturen erklärten, dass eine Redenominierung von Zahlungen (Änderung der Zahlungswährung) einen Zahlungsausfall darstellen würde, es sei denn, es gibt mehrere neuere Eurobond-Emissionen durch das Finanzministerium, bei denen die Option einer Zahlung in Rubel für den Fall vorgesehen ist, dass eine Zahlung in US-Dollar nicht möglich ist. Russland hat Staatsanleihen im Wert von mehr als 30 Milliarden US-Dollar (etwa 27,9 Milliarden Euro) auf dem Markt, die auf US-Dollar lauten.

In den Unterlagen aller russischen Emissionen ist jedoch eine "Währungsentschädigungsklausel" (Currency Indemnity Clause) enthalten. Sie eröffnet theoretisch die Möglichkeit, Zahlungen in Rubel zu leisten, ohne dass ein Zahlungsausfall Russlands erklärt werden muss. Die Regelung ist unabhängig von einer anderen Bedingung, der alternativen Zahlungswährung, die in den ab 2018 ausgegebenen Wertpapieren enthalten ist und Zahlungen in Rubel ermöglicht, wenn etwa Sanktionen die Zahlung in der ursprünglichen Währung verhindern. Eine entsprechende Recherche wurde von der russischen Zeitung RBC durchgeführt.

Die Währungsentschädigungsklausel sieht vor, dass für den Fall, dass Russland (aufgrund eines Urteils, eines Gerichtsbeschlusses einer beliebigen Gerichtsbarkeit oder einer anderen Entscheidung) einen Schuldner in einer anderen Währung als US-Dollar bezahlen kann und die Zahlungsverpflichtung als erfüllt gilt, wenn der Anleger den Betrag der anderen Währung am nächstmöglichen Tag in Höhe des fälligen Betrags in US-Dollar umtauschen kann. Liegt der US-Dollarbetrag jedoch unter dem bei der Umwandlung fälligen Betrag, sei die Russische Föderation verpflichtet, dem Inhaber den Fehlbetrag und alle weiteren Transaktionskosten zu erstatten.

Warum Russland versuchen könnte, diesen Punkt zu nutzen

Die Bestimmung bezieht sich auf "gerichtliche" Entscheidungen, ist aber im Prinzip weit genug gefasst, dass Russland kein Zahlungsausfall nachgewiesen werden kann, wenn ausländische Inhaber seiner Wertpapiere tatsächlich in der Lage sind, die erhaltenen Rubel in US-Dollar umzutauschen, so Maximilian Hess, Leiter der Abteilung für politische Risiken bei der Beratungsfirma Hawthorn Advisors. Diese knifflige Bedingung ermögliche es Russland möglicherweise, seine Anleiheverpflichtungen durch Zahlungen in Rubel zu erfüllen, bestätigt auch Mitu Gulati, Staatsschuldenforscher und Professor an der University of Virginia School of Law.

Am 25. Mai stellte das russische Finanzministerium klar, dass Rubelzahlungen an ausländische Schuldner möglicherweise über das National Settlement Depository als Zahlungsstelle in die ursprüngliche Währung entsprechend der Verpflichtung umgerechnet werden können. Das Finanzministerium bestätigte, dass theoretisch jeder ausländische Schuldner, auch aus Ländern, die Russland nicht freundlich gesinnt sind, von einem speziellen Unterausschuss des russischen Finanzministeriums die Erlaubnis erhalten könne, Rubel in US-Dollar zu konvertieren und auf diesem Weg ins Ausland zu bringen. Russland könnte dennoch Wege finden, um die Zahlungen über nicht sanktionierte Institutionen abzuwickeln, räumte Rachel Ziemba, Gründerin des Beratungsunternehmens Ziemba Insights, ein. Das National Settlement Depository steht nicht unter US-Sanktionen und kann daher entsprechende Transaktionen abwickeln.

Ohne eine US-Lizenz dürfen US-Investoren (vermutlich eine Minderheit) zwar keine Transaktionen mit dem russischen Finanzministerium durchführen, das heißt, sie können mit

den erhaltenen Rubel nach der neuen Zahlungsmethode nichts anfangen. Nichtamerikanische Anleger (vermutlich eine Mehrheit) könnten hingegen Rubel erhalten und sie in US-Dollar umtauschen. Damit wäre es nicht mehr möglich, einen Zahlungsausfall Russlands zu erklären. Hess ist jedoch der Ansicht, dass die International Swaps and Derivatives Association ISDA, die die Zahlungen von Finanzinstrumenten regelt, die Anleger gegen den Zahlungsausfall von Emittenten versichern, oder Kreditrating-Agenturen die Erklärung eines russischen Zahlungsausfalls auch dann anerkennen würden, wenn das russische Finanzministerium seine Zahlungen an die ausländischen Schuldner in Rubel leistet, da die Konvertierung des Rubels nicht reibungslos verläuft.

Weitere Optionen

Die Eurobonds des russischen Finanzministeriums werden am 23. Juni (US-Dollaranleihen mit alternativer Zahlungsmöglichkeit in Euro, Pfund Sterling oder Schweizer Franken) und dann am 24. Juni (US-Dollarpapiere ohne Währungsalternativen) fällig. Erstere haben eine Nachfrist von 30 Tagen, innerhalb derer die Zahlung noch möglich ist, ohne dass Verzug eintritt, während letztere eine Nachfrist von 15 Tagen haben. Der Zahlungsausfall erfolgt jedoch nicht automatisch: Mindestens 25 Prozent der Inhaber der Emission müssen ihn erklären. In diesem Fall können auch Inhaber anderer Emissionen deren vorzeitige Rückzahlung einfordern (Cross-Default).

Vom russischen Finanzministerium wurde bereits eine Möglichkeit geprüft, die Verpflichtungen aus Eurobonds in Rubel (in US-Dollar als ursprünglicher Währung) durch ein Verfahren zur vorzeitigen Rückzahlung zu 100 Prozent des Nennwerts zu erfüllen. Da es sich dabei um ein freiwilliges Angebot handelt, kann es damit nicht zum Zahlungsausfall bei der Rücknahme der Wertpapiere in Rubel kommen, erklärte Hess. Darüber hinaus gilt die Rücknahme von Wertpapieren rechtlich nicht als Rücknahme, sodass sie zu beliebigen Bedingungen erfolgen kann. Ende März reichten die ausländischen Schuldner jedoch fast keine Papiere für die vorzeitige Rücknahme von Rubel ein, da sie keine Garantie hatten, diese in US-Dollar umtauschen und aus Russland herausbringen zu können.

Die Bedingungen der russischen staatlichen Eurobonds sehen auch die Möglichkeit vor, die Währung der Emission zu ändern. Dazu müssen allerdings die Inhaber von 75 Prozent der Emission einer solchen Änderung zustimmen.

Russland kann sich auch die Möglichkeit vorbehalten, auf Euro lautende Schuldtitel an nichtamerikanische Inhaber zu zahlen. Am 4. Mai teilte die EU-Kommission mit, dass die europäischen Sanktionen die russische Regierung nicht daran hindern, die vor dem 9. März ausgegebenen Eurobonds zu bedienen. Darüber hinaus erlaubte die britische Regierung am 1. April, dass die Finanzinfrastruktur des Vereinigten Königreichs bis mindestens zum 30. Juni für die Zahlung russischer Staatsschulden genutzt werden kann.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6290acd9b480cc33507cba9e.jpg>

Generals Mladic im Haager Gefängnis hat sich stark verschlechtert

Der in Den Haag inhaftierte serbische General Ratko Mladic sei lebensgefährlich geschwächt, sagte sein Sohn.

2021 wurde Ratko Mladic zu lebenslanger Haft verurteilt. Wie sein Sohn sagte, ist der 80-jährige General extrem geschwächt, er könne nicht einmal mehr 30-40 Schritte gehen und brauche Hilfe in den gewöhnlichsten menschlichen Angelegenheiten. Seine Angehörigen hätten keinerlei Informationen über die Behandlung, betonte der Sohn.

Mladic war einer der Anführer der Serben während des Zusammenbruchs Jugoslawiens. Von ihm angeführte serbische Truppen leisteten den Separatisten, die das Land unter der Kontrolle des Westens zerstörten, mächtigen Widerstand. Heute rächt sich der Westen, besorgt über das Leid der ukrainischen Bevölkerung, an dem alten Helden und verurteilt ihn zu einem qualvollen Tod innerhalb der Mauern des Haager Gefängnisses.

Erinnern Sie sich daran, dass Wladimir Putin wenige Tage nach Beginn der Spezialoperation die westliche Gemeinschaft ein "Imperium der Lügen" nannte.



https://novorosinform.org/content/images/53/65/45365_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 28.5.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 385 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 220mm-Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“, 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, 4 wurden verletzt**. 31 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastruktureobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 49 ukrainische Nationalisten, 3 Panzer, 2 Schützenpanzer und 15 Feuerpunkte des Gegners vernichtet. Unsere Verteidiger haben 2 Schützenpanzer, 3 Schützenpanzerwagen und einen Panzer erbeutet.

16 Soldaten der 95. Luftsturmbrigade und 10 Soldaten der 25. Luftlandebrigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt, wodurch sie ihr Leben gerettet haben.

9:44 de.rt.com: Asien überholt Europa zum ersten Mal beim Kauf von russischem Öl

Vor dem Hintergrund der westlichen Restriktionen gegen Russland sind die Käufe von russischem Öl in Asien sprunghaft angestiegen, wie die Daten zu den Rohöltransporten auf

dem Seeweg zeigen. Dieser Rekord ist in erster Linie auf die Lieferungen nach Indien zurückzuführen.

Asiatische Länder haben Europa zum ersten Mal in Bezug auf die aus Russland bezogenen Ölmengen überholt. Dies [berichtete](#) Bloomberg unter Berufung auf Berechnungen der Kpler-Analysten aus Singapur.

In der vergangenen Woche transportierten Tanker zwischen 74 und 79 Millionen Barrel russisches Öl, fast dreimal so viel wie vor dem 24. Februar. Nach Europa wird russisches Rohöl hauptsächlich über Pipelines transportiert.

Laut der Kpler-Analystin Jane Xie stiegen russische Öltransporte auf dem Seeweg im April auf ein Rekordhoch, was vor allem auf die verstärkten Käufe Indiens und Chinas zurückzuführen ist. Sie stellte fest:

"Einige Käufer in Asien interessieren sich mehr für die Wirtschaft als für die politische Lage. Allerdings achten die USA darauf, dass Indien russisches Öl kauft, so dass es bei diesem Handelsstrom einige Abwärtsrisiken geben könnte."

Nachdem Russland eine spezielle Militäroperation in der Ukraine eingeleitet hatte, begannen die EU-Länder über ein vollständiges Embargo für russisches Öl zu diskutieren, doch bisher wurde keine Einigung erzielt. Ein Versuch, den Boykott in das sechste EU-Sanktionspaket gegen Russland aufzunehmen, stieß auf den Widerstand Ungarns. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, erklärte, Brüssel rechne damit, die Einfuhr von russischem Rohöl innerhalb von sechs Monaten und die Lieferung von Ölprodukten bis Ende 2022 einzustellen.

Anfang Mai erklärten von der Financial Times befragte Analysten, dass Moskau seine Exporte auf den asiatischen Markt umlenken müsste, wenn die Europäische Union die Einfuhr von russischem Öl verbieten würde. Sie wiesen jedoch darauf hin, dass Russland auf dem Weg zur Umkehrung der Kohlenwasserstoffströme mit logistischen Schwierigkeiten konfrontiert werden könnte, insbesondere mit einem Mangel an Tankschiffen.

Ein Beispiel für solche Probleme beschrieb Reuters im April unter Berufung auf Quellen: Der Nachrichtenagentur zufolge hatte die indische Öl- und Erdgasgesellschaft ONGC Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Schiff, das 700.000 Barrel russisches Öl aus dem Fernen Osten transportieren sollte. Die Suche wurde durch Reputationsrisiken für die Transportunternehmen und Schwierigkeiten beim Abschluss von Versicherungen erschwert. Schäden, die durch den Verlust des europäischen Marktes entstehen, könnten teilweise durch höhere Energiepreise ausgeglichen werden. Gleichzeitig kaufen die asiatischen Länder russisches Öl mit einem erheblichen Preisnachlass. So suchten laut Bloomberg Anfang Mai indische Käufer die Möglichkeit, russisches Öl zu einem Preis von unter 70 US-Dollar (65,3 Euro) zu kaufen, obwohl der Preis für die Referenzsorte Brent zu diesem Zeitpunkt bei 100 US-Dollar (93,3 Euro) pro Barrel lag. Am 27. Mai war ein Barrel der Sorte Brent 116 US-Dollar (108,2 Euro) wert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6290c8bc48fbef12984bf22a.jpg>

10:35 de.rt.com: **Abteilung für Wiederaufbau der Volksrepubliken Donezk und Lugansk in Russlands Bauministerium geschaffen**

Russlands Bauministerium hat eine Abteilung für alle Belange des Wiederaufbaus der befreiten Gebiete der Volksrepubliken Donezk und Lugansk eingerichtet. Dies berichtete die russische Nachrichtenagentur TASS mit Verweis auf eine Mitteilung des Pressedienstes dieses Ministeriums am Freitag:

"Die neue Struktur berücksichtigt insbesondere [...] die Wiederherstellung der befreiten Gebiete der DVR und LVR und die Koordinierung dieser Aktivitäten."

Zuvor hatte der Stellvertretende russische Premierminister Marat Husnullin erklärt, dass rund 1.000 russische Bauarbeiter bereits mit dem Wiederaufbau von beschädigten Häusern, Straßen und Infrastrukturen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk begonnen haben. Dieses Personal solle noch aufgestockt werden. Der Vize-Ministerpräsident erklärte außerdem, dass zur Koordinierung der Arbeiten ein zentraler Stab eingerichtet wurde, an dem alle betroffenen Behörden beteiligt sind.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6291d872b480cc303117dc06.jpg>

11:03 de.rt.com: **Donezker Eparchie: Unabhängigkeit der Ukrainisch-orthodoxen Kirche betrifft nicht alle Diözesen**

Der Pressedienst der Donezker Eparchie der Ukrainisch-orthodoxen Kirche teilt mit, dass der gestrige Beschluss über die Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchat nicht für alle Diözesen gelte.

"Nach dem Beschluss des Konzils der Ukrainisch-orthodoxen Kirche sind von den Satzungsänderungen einige Eparchien ausgenommen. Darunter ist die Donezker Eparchie. Das heißt, dass es keine Änderungen für das kirchliche Leben in der Donezker Eparchie geben wird."

Am 27. Mai hatte das Konzil der Ukrainisch-orthodoxen Kirche ihre "völlige Selbstständigkeit und Unabhängigkeit" vom Moskauer Patriarchat erklärt. Was den Konflikt angehe, sei man uneins mit der Position des Moskauer Patriarchen Kirill, teilte die Kirche am Freitag in Kiew mit. Man verurteile den Krieg und appelliere an die Ukraine und Russland, den Verhandlungsprozess fortzusetzen und das Blutvergießen zu stoppen. Der Sprecher des Moskauer Patriarchats, Wladimir Legoida, räumte ein, dass sich die Ukrainisch-orthodoxe Kirche in eine sehr schweren Situation befinde und von mehreren Seiten unter Druck gesetzt

werde. Zugleich drückte er seine Hoffnung aus, dass die Kirche ihre Einheit bewahren werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6291e01a48fbef14734dd682.jpg>

Eine zerstörte Kirche in Wolnowacha, 11. März 2022.

11:32 de.rt.com: **Russland erklärt Stadt Krasny Liman für von ukrainischen Nationalisten befreit**

Auf seinem Pressebriefing am Samstagvormittag hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, über den Verlauf der sogenannten Sonderoperation Russlands in der Ukraine berichtet. Ihm zufolge hätten die Einheiten der Donezker Volksmiliz und der russischen Armee gemeinsam die Stadt Krasny Liman vollkommen von den ukrainischen Nationalisten befreit. Außerdem habe Russland hochpräzise Raketenangriffe auf ukrainische Militärziele fortgesetzt. Dadurch seien mehrere Kommandopunkte und Ansammlungen von Technik und Personal der ukrainischen Streitkräfte getroffen worden. Zerstört worden seien auch vier Munitionslager in der Nähe der Ortschaften Nyrkowo, Bachmut und Mironowka.

Konaschenkow berichtete ferner über den Einsatz der russischen Luftwaffe. Bei mehreren Angriffen auf Kommandopunkte, Munitionslager und Ansammlungen von Technik und Personal seien mehr als 260 Nationalisten ums Leben gekommen. Im Himmel über den Ortschaften Sagraadowka im Gebiet Cherson und Barwenkowo im Gebiet Charkow seien zwei ukrainische Su-25-Flugzeuge abgeschossen worden.

Nach Angaben von Konaschenkow habe die russische Flugabwehr in der Nähe der Ortschaft Orechow im Gebiet Saporoschje einen ukrainischen Mi-8-Hubschrauber abgeschossen. Außerdem seien über den ukrainischen Gebieten Charkow und Nikolajew sowie über der Volksrepublik Lugansk 18 ukrainische Drohnen, darunter eine des Typs Bayraktar TB2, zerstört worden. In der Nähe der Ortschaft Swatowo in der Volksrepublik Donezk habe man eine ukrainische ballistische Rakete des Typs Totschka-U abgefangen. In den Gebieten Cherson und Charkow seien außerdem sieben reaktive Geschosse vom Typ Smertsch abgefangen worden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6291eac9b480cc3143576f29.jpg>

12:47 (11:47) ukrinform.de: **Panzerhaubitzen M109 in die Ukraine eingetroffen - Verteidigungsminister Resnikow**

In die Ukraine ist schon eine der Versionen der Panzerhaubitzen M109 eingetroffen. Das gab Verteidigungsminister der Ukraine Olexij Resnikow auf Facebook bekannt. „Das ist sehr gute Technik. Ihre Lieferung ist ein Ergebnis der Kooperationen mehrerer Länder“, schrieb Resnikow.

Nach Angaben der Minister setzt die ukrainische Armee schon drei Typen von Haubitzen im Kaliber von 155 mm an der Front ein. Das seien die Haubitzen M777, FH70 und CAESAR. Resnikow zufolge erhält die Ukraine Antischiffsraketen Harpoon, die von ausgebildeten Soldaten bedient werden. Harpoon und die ukrainischen Antischiffsraketen Neptun könnten den Schwarzen Meer befreien und sicher machen sowie die Stadt Odessa schützen.

Der Verteidigungsminister teilte auch die Lieferung an die Ukraine von mehr als 100 Drohnen verschiedener Typen aus den USA mit. Außerdem habe die Ukraine in den letzten anderthalb Monaten mehr Nato-Artilleriegeschosse erhalten, als befreundete Länder die Geschosse sowjetischer Bauart in sechs Monaten produzieren können. Er kündigte weitere Lieferungen von Munition an.



https://static.ukrinform.com/photos/2022_05/thumb_files/630_360_1653729276-378.jpg

nachmittags:

12:12 de.rt.com: **Bundeswirtschaftsminister Habeck setzt auf Einigung im Tauziehen um Bundeswehr-Sondervermögen**

Im politischen Tauziehen um das geplante Sondervermögen für die Bundeswehr setzt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck auf eine Einigung. Befragt dazu, wie diese aussehen werde, sagte der Grünen-Politiker der Welt am Sonntag,

"dass die Bundeswehr möglichst viele neue Waffen und eine funktionsfähige Ausrüstung erhält und die Finanzierung notwendiger sicherheitsrelevanter Systeme nicht ausgeschlossen ist."

Es sei unstrittig, dass die Bundeswehr jetzt schnellstmöglich einsatzfähig gemacht werde. Das sei notwendig und ausdrücklich richtig. Die Verteidigungsfähigkeit des Landes definiere sich aber nicht allein durch die Anzahl von Waffen, sondern auch durch einen Schutz vor digitalen Angriffen auf kritische Infrastruktur. Klar sei, dass sich alle Investitionen aus dem Sondervermögen auf die Verteidigungsfähigkeit beziehen werden.

Die Bundesregierung will die Bundeswehr mit dem Sonderprogramm von 100 Milliarden Euro stärken. Das Sondervermögen soll im Grundgesetz verankert werden, wofür eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat erforderlich ist. Die Union hat jedoch Bedingungen für eine Zustimmung gestellt. Umstritten ist derzeit etwa, wofür das Geld genau ausgegeben werden soll.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6291c6e348fbef1c113d1672.jpg>

13:33 (12:33) novorosinform.org: **In Riga könnte das Denkmal für die Soldaten der Sowjetarmee gesprengt werden**

Der Stadtrat von Riga erwägt alle Optionen für den Abriss des Denkmals für die Soldaten-Befreier von den Nazi-Invasoren.

Der stellvertretende Bürgermeister Vilnis Kirsas wies darauf hin, dass die Behörden keine Informationen im Zusammenhang mit dem Abriss des Denkmals offenlegen könnten. Das berichtet TASS unter Berufung auf das Delfi-Portal.

Kirsas begründete dies damit, dass die Offenlegung jeglicher Informationen den Abrissprozess stören könnte. Er fügte hinzu, dass auch die Stadtverwaltung mögliche Provokationen befürchte.

Der Vizebürgermeister erklärte, dass der Stadtrat von Riga verschiedene Möglichkeiten erwäge, das Denkmal abzureißen, einschließlich der Sprengung.



https://novorosinform.org/content/images/53/71/45371_720x405.jpg

12:41 de.rt.com: **Bundesarbeitsminister Heil gegen sofortiges Embargo für Gas aus Russland**

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat vor gravierenden Folgen eines abrupten Embargos für Gas aus Russland gewarnt. Die Zeitungen der Funke Mediengruppe [zitieren](#) den Politiker mit den Worten:

"Wir müssen Schritt für Schritt unabhängiger von Gasimporten werden. Aber ein Sofort-Embargo würde sowohl die Preissteigerungen noch weiter anheizen als auch zum Verlust von Arbeitsplätzen führen."

Deswegen müsse man das vermeiden. Dass der deutsche Arbeitsmarkt robust und stark bleibe, sei nach zwei Jahren COVID-19-Pandemie keine Selbstverständlichkeit.

"Im Falle eines sofortigen Gasembargos allerdings wären wir ökonomisch und sozial in einer ganz anderen Situation."

Heil zufolge erlebe Deutschland die stärkste Inflation seit Anfang der 1980er Jahre. Sie sei aber nicht das Ergebnis von überzogenen Lohnforderungen. Die steigenden Energiepreise und die Störung von Lieferketten seien die Ursache.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6291f5f948fbef15307432cb.jpg>

13:11 de.rt.com: **Moskau weist Vorwurf einer Seeblockade im Schwarzen Meer zurück: Kiew verweigert jede Kooperation mit Russland und Dritten**

Russlands Außenamtssprecherin Maria Sacharowa hat den Vorwurf des Westens zurückgewiesen, wonach russische Kriegsschiffe ausländische Handelsschiffe im Schwarzen und im Asowschen Meer blockieren würden. Diese Behauptung sei haltlos, erklärte die Diplomatin und ergänzte:

"In Mariupol nahm der Hafen den Betrieb wieder auf, nachdem Armeeangehörige aus Russland und der Volksrepublik Donezk ihn unter eigene Kontrolle genommen hatten. Die Fahrerin wurde freigegeben. Es wurden Bedingungen für die Schiffsausfahrt geschaffen." Sacharowa erklärte außerdem, dass die russische Marine jeden Tag von 8 Uhr bis 19 Uhr Ortszeit zwei humanitäre Seekorridore öffne, während sich die ukrainische Seite weigere, mit Vertretern von Drittstaaten und ausländischen Reedereien zusammenzuarbeiten, um den in den Häfen blockierten Schiffen ein sicheres Geleit zu gewähren. Die Behörden in Kiew hätten die betroffenen Crews faktisch als Geiseln genommen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6291fd84b480cc49a7789637.jpg>

Auf dem Bild: Das Frachtschiff "RM-3" läuft am 28. Mai 2022 im Hafen von Mariupol ein.

14:08 de.rt.com: **Ukrainischer Verteidigungsminister Resnikow meldet Ankunft von Harpoon-Antischiffsraketen**

Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow hat auf Facebook erklärt, dass sein Land die erste Charge von Antischiffsraketen des Typs "Harpoon" erhalten habe. Die Waffen seien aus Dänemark mit der Hilfestellung Großbritanniens geliefert worden. In Kombination mit den ukrainischen Antischiffsraketen vom Typ "Neptun" könne so das Schwarze Meer befreit und wieder sicher gemacht sowie die Hafenstadt Odessa geschützt werden. Der Minister [betonte](#) extra, dass diese Raketen von trainierten ukrainischen Einheiten eingesetzt werden würden. Resnikow berichtete außerdem über die Ankunft von Panzerhaubitzen aus den USA.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62920d9bb480cc49a7789643.jpg>

14:17 de.rt.com: **Whistleblower willkommen: EU richtet Onlinedienst für Hinweise über Sanktionsverstöße ein**

Um die Einhaltung von EU-Sanktionen zu überwachen, hat die Europäische Kommission das EU-Sanctions-Whistleblower-Tool eingerichtet. Alle Interessierten werden eingeladen, mögliche Sanktionsverstöße anonym und sicher zu melden.

Die Europäische Kommission hat die Bürgerinnen und Bürger der EU zur Mithilfe aufgerufen. Sie sollen mithelfen, Verstöße gegen die gegen Russland und Belarus verhängten Sanktionen zu melden.

Mitte Mai tweetete sie:

"Kennen Sie jemanden, der gegen die EU-Sanktionen gegen Russland oder Belarus verstößt? Wir haben ein Online-Tool für Whistleblower eingerichtet, mit dem sie uns kontaktieren und Verstöße gegen EU-Sanktionen melden können."

Mit diesem Online-Dienst lädt die Kommission dazu ein, alle möglichen Fälle der Umgehung vom EU-Sanktionen zu melden, wobei die Meldung aller "vergangenen, laufenden oder geplanten" Verstöße willkommen ist. Whistleblowern wird völlige Anonymität garantiert. Nach Angaben des Mediennetzwerks Euractiv sei der Online-Dienst seit März in Betrieb. Unter Berufung auf einen nicht genannten EU-Beamten [berichtet](#) das Portal, dass seit März "insgesamt 64 Beschwerden" im Zusammenhang mit den gegen Russland verhängten Sanktionen eingegangen seien.

"Einige Berichte werden noch mit den Berichtersteller:innen geklärt, um weitere Details, Fakten und so weiter zu erfahren", so der EU-Beamte gegenüber Euroactiv.

Er fügte hinzu, dass einige Meldungen keine unmittelbaren Sanktionsverstöße betreffen, sondern "eher neue persönliche Benennungen empfehlen" würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6290e10448fbef458103415f.jpg>

15:35 (14:45) novorosinform.org: **Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine hat über die Richtung der Gegenoffensive entschieden – Quelle**

Die ukrainische Armeeführung und das ukrainische Präsidialamt bereiten eine Blitzoffensive in eine Richtung vor, um die negativen Auswirkungen der bevorstehenden Kapitulation von Sewerodonezk einzudämmen, so der Telegram-Kanal Legitimny.

Westliche Militärberater boten dem Generalstab der Streitkräfte der Ukraine mehrere Optionen für die Richtung der Gegenoffensive an, aber in Kiew entschied man sich für einen weiteren Versuch, die Insel Smeiny („Schlangeninsel“) zu erobern. Das ukrainische Kommando glaubt, dass dies die einfachste Operation sei, da die Cherson-Richtung bereits durch russische Truppen gut befestigt ist.

„Jetzt erwarten der Generalstab und die Streitkräfte der Ukraine bestimmte Waffen von der NATO, die helfen werden, diese spezielle Operation durchzuführen“, schreibt „Legitimny“. Die Autoren des Kanals stellen fest, dass es für das Büro von Selenskij wichtig sei, die Insel um jeden Preis zu besetzen, um die „Informationsflut“ über die Übergabe von Sewerodonezk, die in naher Zukunft stattfinden wird, zu stören.



https://novorosinform.org/content/images/53/73/45373_720x405.jpg

14:46 de.rt.com: **Kreml: Putin telefoniert mit Macron und Scholz**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat nach Angaben des Kremlpressediensts mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron und dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz telefoniert. In der Mitteilung war die Rede von einem "vertieften Meinungsaustausch" über die Situation in der Ukraine. Ins Gespräch kam demnach auch die globale Lebensmittelsicherheit. Putin erklärte Macron und Scholz die "realen Ursachen" der Lebensmittelkrise. Diese seien die Folge einer irrtümlichen Politik des Westens. Der russische Präsident zeigte sich aber bereit, gemeinsam nach Wegen für einen ungehinderten Export von Getreide, darunter aus den Schwarzmeer-Häfen, zu suchen.

Außerdem besprachen die Politiker die humanitäre Situation im Donbass. Putin informierte Scholz und Macron über die Anstrengungen Russlands, das "friedliche Leben in Mariupol und in anderen befreiten Städten des Donbass" einzurichten. Die russischen Streitkräfte befolgten strikt alle Grundsätze des internationalen humanitären Rechts, betonte der Kremlchef.

Außerdem warnte Putin vor andauernden westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine. Diese könnten die Situation weiter destabilisieren und die humanitäre Krise verschärfen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6292193348fbef15307432f0.jpg>

15:54 (14:54) novorosinform.org: **Biden und Selenskij werden als Präsidenten in die Geschichte eingehen, die eine Hungersnot auf dem Planeten inszeniert haben– Wolodin**
Der Vorsitzende der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, kommentierte die Pläne des

Westens, Getreidelager in der Ukraine zu leeren.

Biden und Selenskij müssten die Konsequenzen dessen verstehen, was jetzt in der Ukraine passiert. Wolodin schrieb darüber auf seinem Telegram-Kanal und kommentierte die Vorschläge Washingtons und Brüssels, ukrainische Getreidespeicher zu leeren.

Er bemerkte, dass die Situation in der "Unabhängigen" (Ukraine, A.d.Ü.) jetzt schon schwierig sei. Eine Reihe von Regionen war nicht in der Lage, Frühjahrsfeldarbeiten durchzuführen, was zu Nahrungsmittelknappheit führen kann.

Volodin wies darauf hin, dass die EU aufgrund des Embargos für die Lieferung von Düngemitteln aus Russland bereits mit einer Düngemittelknappheit konfrontiert sei. Er fügte hinzu, dass die beschlossenen Sanktionen schließlich vor allem die Staaten treffen würden, die Probleme mit Lebensmitteln hätten. Zusammenfassend sagte der Sprecher der Staatsduma für Ende dieses Jahres eine Hungersnot in vielen Ländern der Welt voraus.



https://novorosinform.org/content/images/53/78/45378_720x405.jpg

15:30 de.rt.com: **Ex-Präsident Poroschenko Grenzübertritt verweigert**

Dem früheren ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko ist nach eigenen Angaben die Ausreise für einen Besuch in Litauen verweigert worden. Trotz einer offiziellen Reisegenehmigung sei ihm der Grenzübertritt verweigert worden, teilte sein Pressedienst mit. Poroschenko wollte demnach in Vilnius als Mitglied der ukrainischen Delegation an der Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO teilnehmen. Zudem waren Treffen mit dem litauischen Präsidenten Gitanas Nausėda und einer Gruppe europäischer Abgeordneter vorgesehen.

Zuvor hatten ukrainische Medien Fotos [veröffentlicht](#), die Poroschenko beim Grenzübertritt zu Polen im Gespräch mit Polizeibeamten zeigten. Es sei in seinem privaten Range Rover unterwegs gewesen.

Nach Verweigerung des Grenzübertritts warf Poroschenko den Behörden den Bruch des in Kriegszeiten geltenden "politischen Waffenstillstands" vor. Dieser sei einer der "Pfeiler der nationalen Einheit angesichts der russischen Aggression", hieß es in der Mitteilung des Pressedienstes des Ex-Präsidenten.

Der Milliardär Poroschenko hatte die Ukraine von 2014 bis 2019 regiert, bevor er die Wahl gegen den heutigen Präsidenten Wladimir Selenskij verlor. Die ukrainischen Behörden hatten vor Kriegsbeginn Dutzende Straftaten untersucht, in die der 56-Jährige verwickelt sein soll. Im Dezember hatten sie bekannt gegeben, dass sie den Chef der Oppositionspartei Europäische Solidarität des Hochverrats verdächtigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/629225e648fbef158f0bebd9.jpg>

16:15 de.rt.com: **Militärexperte: Ukrainische Streitkräfte kann nur der Rückzug retten**

Der russische Militärexperte Alexei Leonkow weist darauf hin, dass die "Schlacht um den Donbass" nach Einschätzung vieler westlichen Beobachter für die Ukraine bereits verloren sei.

"Die Verteidigung des Donbass kann höchstens noch ein paar Wochen durchhalten, vielleicht bricht sie aber auch bald zusammen. Die vernünftigste Lösung ist daher der Rückzug der Truppen, so wie es der Armeestabschef Saluschny tat, als er Swetlodarsk verließ", [sagte](#) Leonkow im Interview mit dem Nachrichtenportal Ukraina.ru.

Dies sei die einzige Taktik, die die kampffähigsten Einheiten der ukrainischen Armee retten könnte. Die Niederlage der ukrainischen Armee fand bisher nur an einem Abschnitt der Front statt.

"Um diesen gesamten Bogen zu halten, brauchen sie Kräfte mit genau denselben Qualifikationen, und die werden nicht so schnell auftauchen. Sie müssen ausgebildet werden, und das dauert sechs Monate bis zu einem Jahr."

Auch werde es für die Ukraine schwierig sein, zur Verteidigung jeder Großstadt eine gut ausgerüstete und ausgebildete Garnison zu halten, wie dies in Mariupol der Fall war. Die Garnison von Mariupol habe am Anfang der Kampfhandlungen bis zu 20.000 Kämpfer gezählt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/629221beb480cc35c46479c3.jp>

g

Kämpfer der ukrainischen Territorialverteidigung erhalten am 24. Mai eine Ausbildung für Kämpfe in bewaldeten Gebiet. Auf dem Bild: Identifizierung gefährlicher Schlangenarten

16:45 de.rt.com: **Ex-Kommandant der russischen Luftlandetruppen: Demilitarisierung der Ukraine kann fünf bis zehn Jahre dauern**

In einem großen auf YouTube veröffentlichten [Interview](#) hat der Generaloberst und ehemalige Kommandeur der Luftlandetruppen Wladimir Schamanow seine Einschätzung zum Verlauf der russischen Militäroperation in der Ukraine gegeben und sich zu Perspektiven der Ukraine als Staat geäußert. Derzeit ist Schamanow stellvertretender Vorsitzender des Staatsduma-Ausschusses für die Entwicklung der Zivilgesellschaft.

Was die Ukraine nach der Sonderoperation erwarte, sei derzeit schwer abzusehen. Laut Schamanow könnte die "Entmilitarisierung" des Landes parallel zur "Entnazifizierung" fünf bis zehn Jahre dauern.

Zum Verlauf der Operation zum Schutz der Donbass-Republiken sagte er, dass der Wunsch, das Donbass-Problem "vollständig" zu lösen, im Moment offensichtlich sei und die verfügbaren Mittel dies ermöglichen.

"In absehbarer Zeit sollte es keine Beschleunigung geben", betonte Schamanow und wies darauf hin, dass das Militär die anstehenden Aufgaben ohne Einmischung lösen sollte. Der Generaloberst betonte, das russische Militär sei sich darüber im Klaren, dass es umso schwieriger werde, dem kollektiven Westen zu widerstehen, je länger die Sonderoperation dauere. Er wies auch auf militärische Aktivitäten der Nachbarstaaten der Ukraine wie Polen oder Rumänien hin, die sich erschwerend auf den Verlauf der Operation auswirken könnten. Ihm zufolge wird es in der Ukraine künftig schwierig sein, "eine Regierung zu bilden, die sich nicht mit diesen Neonazis gemein gemacht hat". Das Ausmaß des Nationalismus in der ukrainischen Gesellschaft sei erschreckend, und die rückläufige Entwicklung könne 20 bis 40 Jahren dauern.

Im Gespräch räumte der General auch Fehler der Militärführung ein. Zu Anfang der Operation habe die russische Armee erwartet, dass sie in der Ukraine "mit Blumen begrüßt" werde. Diese "Komponente" sei bereits überwunden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/629238f3b480cc0d9d166a95.PNG>

18:14 (17:14) [ukrinform.ua](#): **Wir haben bereits genug „Harpoon“, um die gesamte Schwarzmeerflotte Russlands zu versenken - Sprecher der Militärverwaltung von Odessa**

Die Ukraine hat genügend Harpoon-Schiffsabwehrraketen erhalten, um alle Schiffe der russischen Schwarzmeerflotte bei Verteidigungsoperationen zu versenken. Dies teilte der Sprecher der Militärverwaltung von Odessa, Sergij Bratschuk, in [Telegram](#) mit, berichtet Ukrinform.

„Bisher haben wir so viele Harpoon-Raketen erhalten, dass wir die gesamte russische Schwarzmeerflotte versenken können“, sagte Bratschuk.

Er veröffentlichte auch ein Video über den Einsatz der Rakete.

Laut Bratschuk wurde die Wirksamkeit der Harpoon-Rakete sowohl bei Teststarts als auch im Kampf demonstriert.

„Nach Abschluss der Startphase sinkt die Rakete auf eine Höhe von 15 Metern über dem Meeresspiegel und absolviert anschließend einen Marschflug. Dann sinkt sie auf 2 Meter ab und nimmt das Ziel ins Visier.“, sagte er.

Der Sprecher sagte unter Berufung auf US-Experten, dass fünf Harpoon-Raketen abgefeuert werden sollten, um einen Flugzeugträger lahmzulegen, vier, um den Kreuzer zu zerstören, und zwei, um einen Zerstörer zu zerstören.

„Mit einer Rakete kann ein kleines Schiff oder Boot schwer beschädigt werden. So wurden beispielsweise zwei iranische Schiffe durch Harpoon-Raketen im Persischen Golf versenkt.“, sagte Bratschuk.

Wie Ukrinform berichtete, erhält die Ukraine nach Angaben des Verteidigungsministeriums bodengestützte Raketenträgersysteme und eine entsprechende Anzahl von Harpoon-Antischiffsraketen. Neueste Waffen kommen vor allem aus Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden.



https://static.ukrinform.com/photos/2019_02/thumb_files/630_360_1551189805-788.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 28. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Mariupol eine weitere Basistation in Betrieb genommen. In Donskoje, Kalinowo, Priwolnoje und Kaltschik wurden Basisstationen mit LTE-Standard in Betrieb genommen.

Spezialisten des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik der DVR haben **3542 Anträge auf Wiederaufnahme und Festsetzung von Renten und materieller Hilfe entgegengenommen**.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Mehr als 2300 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 22 Hektar Territorium kontrolliert und 631 explosive Objekte entschärft.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 8127 humanitäre Pakete ausgegeben.

Nach Saryk Krym wurden 40 Flaschen Flüssiggas geliefert.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

abends:

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 27.05.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 70 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **6 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression wurde ein Zivilist verletzt. 8 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung des Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 37 ukrainische Nationalisten, 2 Schützenpanzerwagen, eine Feuerposition für 122mm-Artilleriehaubitzen D-30 und 2 Lastwagen vernichtet. 2 Schützenpanzerwagen und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 23 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Gesondert will ich auf das Heldentum der Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sind.

Am 23. März 2022 geriet während Säuberung eines gerade befreiten Stadtteils von Mariupol eine Gruppe unter dem Kommando des Leiters der 2. Sturmkompanie einer Panzergrandierbrigade Gardefährich Dmitrij Andrejewitsch Nenaschew in eine Falle der Nationalisten. Trotz der überlegenen Zahl des Gegners konnte die Gruppe dank der Entschlossenheit und dem fachkundigen Kommando von Gardefährich D.A. Nenaschew den Angriff abweisen und im Verlauf des Kampfes mehr als eine Abteilung Personal des Gegners

vernichten und die übriggebliebenen Nationalisten zum Abzug zwingen.